

🔗+ MERZ IM INTERVIEW

„Wir wollen die stärkste konventionelle Armee in Europa aufbauen“

Von Jochen Buchsteiner, Eckart Lohse 17.10.2025, 15:16 Lesezeit: 13 Min.



Bundeskanzler Friedrich Merz sieht das vorläufige Ende der regelbasierten Ordnung. Er spricht von Grenzen der Integration in Europa und setzt auf die Nationalstaaten.

🔊 Anhören

🔖 Merken

💬 224

🔗 Teilen

📁 Verschenken

🖨️ Drucken

Herr Bundeskanzler, als die CDU vor 80 Jahren gegründet wurde, lag Deutschland wirtschaftlich und moralisch am Boden, blickte aber mit Zuversicht nach vorn. Jetzt geht es uns relativ gut, aber wir gucken zunehmend bang in die Zukunft. In welcher Zeit ist es leichter zu regieren für einen Kanzler?

In aller Bescheidenheit: Vermutlich war es damals leichter. In der jungen Bundesrepublik konnte jede politische Entscheidung das Land nach der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten nur besser machen. Heute beobachten wir sehr viel Angst vor Veränderungen. Viele im Land fürchten,

ANZEIGE



dass es ihnen in Zukunft schlechter gehen könnte.

Ich stelle das ohne jede Larmoyanz fest, aber Adenauer konnte viele Dinge auch deshalb durchsetzen, weil die Bevölkerung damit fast immer Hoffnungen verband und sich diese Hoffnungen ja auch sehr schnell erfüllt haben.

Nehmen Sie schon zuvor die Währungsreform:

Innerhalb von wenigen Tagen waren die Geschäfte voll. Die Politik konnte Grundsatzentscheidungen treffen, da lag ein weißes Blatt Papier vor ihnen. Vor mir liegt heute kein weißes Blatt Papier. Wir haben es in Teilen mit einer blockierten Republik zu tun. Damals waren für die Menschen die Zeitumstände sicher schwieriger. Aber für eine Regierung, die grundlegende Veränderungen durchsetzen will, ist es heute schwerer. Das stimmt mich aber nicht pessimistisch, sondern treibt mich nur noch mehr an, eben diese grundlegenden Änderungen aus Verantwortung für Deutschland durchzusetzen.



Woraus schließen Sie, dass die Menschen keine Veränderung mehr wollen?

Wir sind eine wohlhabende Gesellschaft geworden, und damit gehen Verlustängste einher. Viele Menschen hatten nach dem Krieg alles verloren, aber sie lebten von der Hoffnung auf Besserung. Heute dominiert eher das Gefühl, dass die besten Zeiten hinter uns liegen. Meine Einschätzung ist das nicht, im Gegenteil. Wenn wir es richtig machen, können wir unsere Freiheit erhalten, den Frieden sichern und neuen Wohlstand schaffen.

Parallel zum Wiederaufbau hat sich Adenauer für den Aufbau Europas eingesetzt und für die Einbindung Deutschlands in den Westen. Jetzt erleben wir, wie die EU erschlafft und die transatlantische Wertegemeinschaft unter Donald Trump bröckelt. Machen Sie sich Sorgen um das Vermächtnis Adenauers?

Ja, und zwar sehr ernsthaft. Die Europäische Union droht sich zu verrennen, weil sie mittlerweile zu viel im Kleinen reguliert. Ich habe persönlich erlebt, wie sich Europa Ende der Achtzigerjahre auf einen neuen Weg begeben hat. Zuerst war da die begeisterte Gründungsphase, aber dann kam die sogenannte Eurosklerose, bis der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors mit seinem Programm zum Europäischen Binnenmarkt eine neue Dynamik auslösen konnte. Seit einigen Jahren haben wir an der Vertiefung des Binnenmarktes vor allem gearbeitet, indem wir die Regulierung verdichtet haben. Das war aber nicht das, was den Binnenmarkt eigentlich ausmachen sollte.



Dieser Text stammt aus der Frankfurter



Allgemeinen Sonntagszeitung.

F.A.S. jetzt lesen

Wenn früher groß gedacht wurde, kam oft die Idee eines europäischen Bundesstaats auf. Da wollen Sie aber nicht hin?

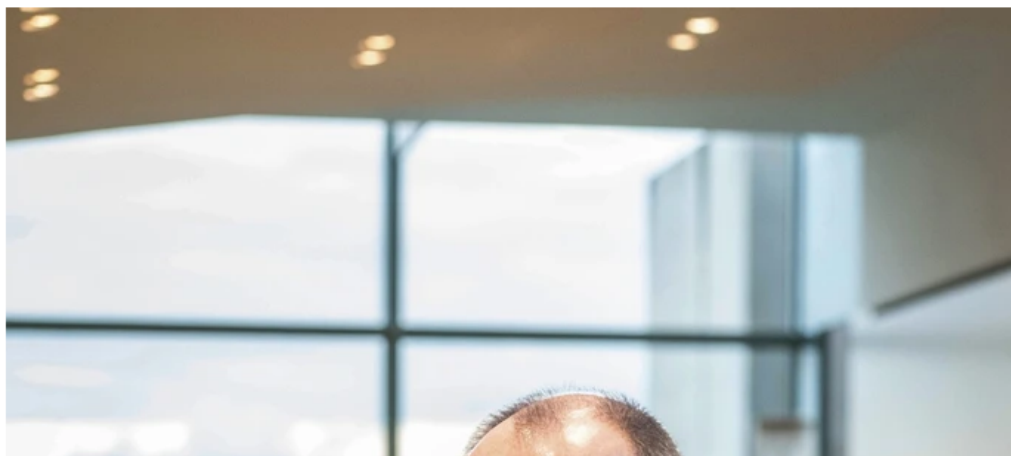
An diese Idee habe ich nie geglaubt. Ich habe mit zu denen gehört, die dieses Wort von den „Vereinigten Staaten von Europa“ aus der Programmatik der CDU gestrichen haben. Das hat falsche Assoziationen mit den USA geweckt, und es war auch zu zentralistisch gedacht.

Der Trend in der EU geht jetzt eher zur Rückverlagerung von Souveränität in die Nationalstaaten. Außerdem gibt es immer mehr Mitglieder, die politisch auseinanderdriften.

Die Integrationsmethode ist bei 27 Mitgliedstaaten vorläufig an ihre Grenzen gestoßen. Jetzt kommt es viel mehr auf die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen an. Deswegen suche ich den Schulterschluss etwa mit Frankreich, mit Polen, mit Italien, mit den nordeuropäischen Staaten. Auf diese intergouvernementale Weise bewegt sich viel, beispielsweise in der europäischen Reaktion auf den Ukrainekrieg.

Das andere Sorgenkind ist die NATO. Ihnen wird nachgesagt, dass Sie den Umständen entsprechend ein gutes Verhältnis zu Donald Trump aufgebaut haben. Erleben Sie ihn als einen verlässlichen Partner?

Der Atlantik ist schon vor Präsident Trump breiter geworden, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Amerika stärker auf sich selbst besinnt, die eigenen Interessen in den Vordergrund stellt. Allerdings heißt es „America First“ und nicht „America Alone“. Dennoch wird der transatlantische Reflex, der in Washington über Jahrzehnte zum außenpolitischen Selbstverständnis gehörte, in Zukunft eher schwächer als stärker werden. Darauf müssen wir Europäer uns einstellen.





Merz sagt: „Wir haben es in Teilen mit einer blockierten Republik zu tun.“ *Daniel Pilar*

Das klingt so, als würden Sie Trump zumindest für berechenbar halten.

Ich weiß ihn hoffentlich einzuschätzen, und zwar auf einer persönlich guten Basis, die es uns erlaubt, auch unterschiedliche Auffassungen auszuhalten.

Im Nahen Osten hat Trump jetzt eine Menge erreicht – mit einer Politik, bei der der Stärkere den Druck nach Belieben erhöht hat. Erleben wir gerade das Ende der europäischen Vision von Außenpolitik, die auf Dialog und nicht auf Machtpolitik setzt?

Wir erleben ja das vorläufige Ende einer regelbasierten, auf dem Völkerrecht basierenden multilateralen Ordnung. Wir befinden uns in einer Phase, in der vielerorts das Recht des Stärkeren durchgesetzt wird. Vorwürfe an die Adresse der Europäischen Union sind trotzdem fehl am Platz. Selbst wenn wir es gewollt hätten, hätten wir die Ereignisse im Nahen Osten nicht entscheidend beeinflussen können: Wer in Europa hat denn bunkerbrechende Waffen, um das Nuklearwaffenprogramm im Iran zu stoppen? Wer hat die Möglichkeiten, die Kriegsparteien zu einer Waffenruhe zu zwingen? Wer hat von uns die Möglichkeiten, der Hamas die Entwaffnung nicht nur anzudrohen, sondern sie gegebenenfalls auch durchzusetzen? Wir sind in einer Phase des Übergangs in eine Zeit, wo Stärke wieder eine

größere Rolle spielt und regelbasierte Verabredungen in den Hintergrund treten.

Wenn wir keinen gestaltenden Einfluss mehr im Nahen Osten haben, sollten wir uns dann als großzügiger Geldgeber in den Vordergrund drängen?

Wir drängen uns nicht in den Vordergrund, schon gar nicht nur als Geldgeber. Wir haben Möglichkeiten, Einfluss in der Region auszuüben – politisch, diplomatisch, sicherlich auch finanziell. Wir sind wahrscheinlich das einzige europäische Land, das sowohl mit der israelischen Regierung als auch mit den arabischen Staaten in einem sehr guten Einvernehmen arbeiten kann. Dabei ist stets klar, dass wir kein neutraler Vermittler sind, sondern fest an der Seite Israels stehen.

ANZEIGE



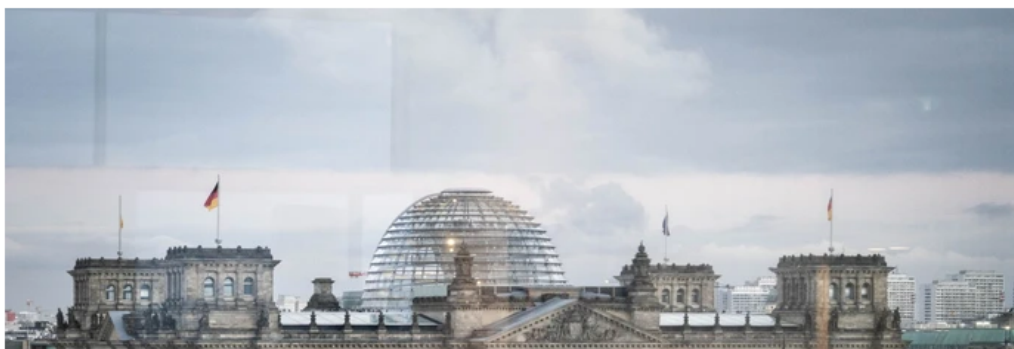
Moderne Versorger

Mit grünen Schuldscheinen die Transformation finanzieren

Deutsche Energiewerke haben sich Großes vorgenommen. Doch damit der Aufbau neuer Wärmequellen und -netze gelingt, braucht es Milliardeninvestitionen. So wurde in Hamburg die Finanzierung gestemmt.

Sie haben im Juni den von Angela Merkel geprägten Satz aufgenommen, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson sei. Danach haben Sie bemerkt, dass sich Staatsräson eigentlich nur auf das eigene Land beziehen kann. Ist der Begriff jetzt erledigt?

Ich habe mich mit diesem Begriff immer schwergetan, weil er in all seinen Konsequenzen nie ausbuchstabiert worden ist. Meine Haltung zu Israel hat sich trotzdem nicht verändert. Es gibt diesen besonderen Wesenskern in den Beziehungen zum Staat Israel, und dazu gehört, dass Israels Sicherheit immer auch ein wichtiger Teil der deutschen Außenpolitik war, ist und bleibt. Jede Bundesregierung muss im Lichte der Lage im Nahen Osten neu bewerten, wie wir dieser Verantwortung für Israels Sicherheit am besten gerecht werden können.





Vom Bundeskanzleramt blickt Merz auf den Reichstag. *Daniel Pilar*

Ist eine sicherheitspolitische Souveränität Europas möglich, ohne dass wir eine wirksame nukleare Abschreckung aufbauen in Europa?

Wir haben eine nukleare Teilhabe in der NATO und zusätzlich die atomare Abschreckung durch die Force de Frappe der Französischen Republik. Schon Staatspräsident de Gaulle hat Bundeskanzler Adenauer angeboten, die nukleare Sicherheit Frankreichs auch auf Deutschland auszuweiten. Wir befinden uns seit einiger Zeit mit Paris in strategischen Gesprächen zu dieser Frage. Das ist sicherlich eine langfristige Perspektive. Im Vordergrund steht für mich die Beibehaltung der nuklearen Teilhabe mit den Vereinigten Staaten. Es gibt keine Veranlassung, sie infrage zu stellen. Aber natürlich müssen sich die Europäer auch eine europäische Option aufrechterhalten.

ANZEIGE



Aktivurlaub in der Region Bern

Drei exklusive Genussrouten im Grand Chasseral für Feinschmecker

Erlesene Spezialitäten, stilvolle Einkehrorte und ruhige Pfade: Die drei Gourmetwanderungen im Grand Chasseral verbinden kulinarische Authentizität mit landschaftlicher Eleganz – fernab des Gewöhnlichen.

Wenn die Nuklear-Gespräche mit Frankreich so unergiebig verlaufen wie die über das gemeinsame Kampfflugzeug, könnte Deutschland irgendwann vor der Entscheidung stehen, ob es auf eine europäische Nuklearverteidigung verzichten will oder einen nationalen Weg einschlägt. Wären Sie dann eher für Pest oder für Cholera?

Selbst wenn wir es wollten, haben wir mindestens zwei große Vertragswerke, die uns den Weg hin zu einer eigenen atomaren Bewaffnung verwehren: der Zwei-plus-vier-Vertrag und der Atomwaffensperrvertrag. Aber an diesem Punkt stehen wir ohnehin nicht, und darüber denke ich derzeit auch nicht nach.

Aber wenn Ihre Aussage stimmt, dass der Atlantik breiter geworden ist, kommt doch das größte Land der Europäischen Union irgendwann nicht mehr um eine ehrliche Diskussion über diese Frage herum.

Nein, dafür ist die Zeit nicht reif. Mir geht es jetzt um die konventionelle Verteidigung. Wir wollen die stärkste konventionelle Armee in Europa aufbauen. Das wird auch von unseren Partnern und Verbündeten erwartet. Die Rückbesinnung auf unsere eigene Abschreckungsfähigkeit steht für mich im Vordergrund.

Aber es heißt doch immer, wir hätten so wenig Zeit und Putin wäre möglicherweise schon in wenigen Jahren in der Lage, uns ernsthaft herauszufordern.

Es gilt der Artikel 5 des NATO-Vertrages, und ich zweifle nicht daran, dass alle Alliierten – also auch die Vereinigten Staaten von Amerika – die gemeinsame Verabredung zum gegenseitigen Beistand einhalten.

Dieses Vertrauen ist gewachsen in Ihren Begegnungen mit Trump?

Präsident Trump weiß, welche Verantwortung er trägt. Er weiß auch, welche Möglichkeiten er hat. Wenn der 20-Punkte-Plan zur Beilegung des Krieges in Gaza das Modell für die Erfolgsgeschichte dieser Präsidentschaft sein soll, dann wird er sich auch weiterhin der Ukraine zuwenden und dort den Krieg zu einem Ende führen wollen. Die Ankündigung eines Treffens mit Putin in Budapest lässt diese Hoffnung zusätzlich wachsen.



Merz findet: „Die wehrhafte Demokratie muss gegen ihre Gegner vorgehen.“ *Daniel Pilar*

Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten erleben wir, dass sich Washington wieder einmischt in die deutsche Innenpolitik. Es pflegt ein besonderes Verhältnis zur AfD und kritisiert den Zustand der Meinungsfreiheit in Deutschland. Wie reagieren Sie darauf?



[Aktivurlaub in der Region Bern](#)

Bern entdecken: Zwischen UNESCO-Altstadt und Natur durch den Herbst

Goldene Spaziergänge, E-Bike-Abenteuer und Herbstwanderungen: Bern verbindet Altstadtflair, Alpenblick und farbenprächtige Natur – mit regionalem Kulinarikgenuss, der bleibt.

Ich habe das schon auf der Münchner Sicherheitskonferenz gesagt, ich habe es Donald Trump gesagt, und ich sage es wenn notwendig wieder: Die Demokratie in Europa ist nicht gefährdet, auch nicht in Deutschland. Und solange das so ist, braucht sich Amerika um uns keine Sorgen zu machen.

Dennoch, bei allen Fehlentwicklungen in Amerika: Ist an der Kritik am Zustand der deutschen Meinungsfreiheit womöglich etwas dran?

Die wehrhafte Demokratie muss gegen ihre Gegner vorgehen. Und die Meinungsfreiheit in unserem Land ist verfassungsrechtlich sehr umfangreich abgesichert.

Es reicht heute immerhin, einen Minister Schwachkopf zu nennen, und die Staatsmacht steht vor der Tür.

Es gibt immer wieder Überreaktionen des Rechtsstaats, aber es handelt sich dabei nicht um eine systematische Einschränkung der Meinungsfreiheit. Was wir im Deutschen Bundestag an öffentlichen Debatten erleben, was wir draußen auf der Straße, im Fernsehen, in den Veranstaltungen erleben – wo ist da in Deutschland die Meinungsfreiheit eingeschränkt?

Manche würden auf die „Aktionswochen gegen Hass und Hetze“ verweisen, auf die höheren Strafen für Politikerbeleidigungen, auf den Fall eines Professors, der wegen eines Buches vom Dienst suspendiert wurde.

Beamte, auch Professoren, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen, sind zur politischen Zurückhaltung verpflichtet, das steht schon in den einschlägigen Regeln unseres Beamtenrechts. Ob dann jedes Mal die Staatsgewalt aktiv werden muss, da kann man ein Fragezeichen machen. Aber wo wird in Deutschland eine auch noch so abwegige Meinung unterdrückt?

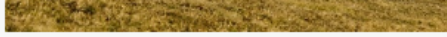
ANZEIGE



[Aktivurlaub in der Region Bern](#)

Adelboden-Lenk-Kandersteg: Berge, Bikes und Leckerbissen

Du suchst wilde Winkel abseits des Rummels? Diese Radrouten in der Schweizer Alpendestination Adelboden-Lenk-Kandersteg führen dich rasch in authentische Seitentäler – für Erlebnisse mit viel Natur und Kulinarik.



Für manche war Ludwigshafen ein solches Beispiel, wo ein AfD-Kandidat nicht zur Bürgermeisterwahl zugelassen wurde, weil er Dinge gesagt und geschrieben hat, die vom Verfassungsschutz als nicht zweifelsfrei verfassungskonform angesehen wurden. Das hat nicht nur bei der AfD Empörung hervorgerufen.

Früher hat für Empörung gesorgt, wenn Linksradikale vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen wurden. Das ist aber nie unter dem Rubrum einer Einschränkung der Meinungsfreiheit diskutiert worden. Wenn man Zweifel daran hat, ob Bewerber um ein politisches Amt in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis die Grundordnung unseres Landes akzeptieren und die Regeln einhalten, dann müssen Grenzen gesetzt werden.



Merz an seinem Schreibtisch im Bundeskanzleramt; dahinter hängt ein Werk von Anselm Kiefer. *Daniel Pilar*

Als die CDU 75 Jahre alt wurde, vor fünf Jahren, haben die damaligen Grünen-Vorsitzenden Baerbock und Habeck die CDU als den FC Bayern München der Politik bezeichnet, weil sie immer einen „klaren Kompass“ habe. Jetzt zweifeln daran viele Wähler; die CDU steckt in einem Umfragetief. Funktioniert der Kompass noch?

ANZEIGE



[Aktivurlaub in der Region Bern](#)

Herbst- und Winteraktivitäten in der Jungfrau Region

Wandern im Herbst und Skifahren im Winter? Die Jungfrau Region bietet eine große Auswahl an Herbst- und Winteraktivitäten. Ob zu zweit, mit Familie oder allein. Die Region begeistert mit ihrer einzigartigen Vielfalt.

Der Kompass funktioniert, aber ich führe eine Bundesregierung aus zwei, wenn nicht sogar drei Koalitionspartnern, die zum Teil unterschiedliche Vorstellungen zu Themen haben, die uns in Deutschland bewegen. Zur Demokratie gehört, dass wir Kompromisse eingehen.

Wenn Sie, wie es Angela Merkel einmal gesagt hat, „durchregieren“ könnten oder die absolute Mehrheit eines Konrad Adenauers hätten: Was würden Sie anders machen als in dieser Koalition?

Ich konzentriere meine Energie darauf, in dieser Koalition das Beste für Deutschland zu erreichen. Das betrifft beispielsweise die Abschaffung des Bürgergeldes. So, wie wir die Einführung der „Neuen Grundsicherung“ jetzt planen, ist das ein Meilenstein.

Aber auch ausreichend?

Wir haben jetzt jedenfalls einen Beschluss gefasst, und das notwendige Gesetz wird nach meiner Einschätzung sehr gut werden.

Sie haben wiederholt versprochen, dass beim Bürgergeld viel eingespart werden kann, zuletzt: fünf Milliarden. Jetzt heißt es, man werde sehen, ob sich etwas einsparen lasse. Ist das nicht ein Beispiel dafür, wie ein Versprechen von Ihnen zerbröselt und nur noch ein Reförmchen übrig bleibt?

ANZEIGE



Eine Prinzessin mit Visionen

In Thailand erhält das Kunsthandwerk königliche Unterstützung

Die Prinzessin von Thailand engagiert sich mit persönlichem Einsatz und mehrere Initiativen für das Textilhandwerk ihres Landes. Denn sie erkennt sowohl den kulturellen Wert als auch das wirtschaftliche Potenzial.

Ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass sich vom Bürgergeld mindestens zehn Prozent einsparen lassen, wenn die Reform erfolgreich wird. Auch die Bundesarbeitsministerin sagt, dass 100.000 Bürgergeldempfänger im Arbeitsmarkt zu gut einer Milliarde Euro Einsparungen führen. Nun können Sie die Summe hochrechnen, wenn von 5,6 Millionen heutigen Bürgergeldempfängern mindestens die Hälfte grundsätzlich arbeitsfähig ist. Wir sollten uns schon ehrgeizige Ziele setzen, sonst springen wir immer zu kurz.





Das Grundgesetz und „Wohlstand für alle“: Blick auf Merz' Bücherregal im Bundeskanzleramt *Daniel Pilar*

Sie scheinen mit dieser Reform zufrieden zu sein. Gilt das auch für die Reform des Wehrdienstes?

Das kommt darauf an, was jetzt in den parlamentarischen Beratungen über das Wehrdienstgesetz herauskommt. Wir sind uns mit der SPD einig, dass wir einen schnellen Aufwuchs der Bundeswehr brauchen. Es gibt noch unterschiedliche Einschätzungen, wie das geht. Diese Vorstellungen werden jetzt sicherlich schnell angeglichen werden, damit auch diese Reform auf den Weg geht.

Waren Sie überrascht, als Ihr Verteidigungsminister die erreichte Einigung in dieser Woche aufgekündigt hat?

Es geht jetzt darum, schnell eine Einigung in der Sache zu erzielen. Diese Reform ist ein wichtiger Bestandteil unserer Bemühungen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit.

Hat Sie das an den Streit um die Richterkandidatin Frauke Brosius-Gersdorf erinnert?

Nein, das war ein völlig anderer Sachverhalt. Bei der Richterwahl hatten wir zwischen den beiden Fraktionen einen Konflikt. Hier ist jetzt ein Ressortminister mit einer gefundenen Kompromisslösung der beiden Bundestagsfraktionen nicht einverstanden und hat dies in seiner eigenen Fraktion so artikuliert.

Es heißt, Sie hätten ein gutes Verhältnis zu Boris Pistorius. Ist das so? Oder hat sich daran jetzt was geändert?

Das ist so, und das bleibt auch so.

Haben Sie darüber gesprochen?

Ja, wir haben gesprochen miteinander, und ich habe ihm auch gesagt, dass ich grundsätzlich Sympathie habe für die Lösung, die die Sicherheitspolitiker der Fraktionen miteinander gefunden haben.



Die Abstimmung mit der AfD bereut Merz nicht: „Wenn wir etwas für richtig halten, dürfen wir uns nicht von der AfD abhängig machen.“ *Daniel Pilar*

Von Franz-Josef Strauß stammt das Diktum, dass es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben dürfe. Jetzt ist genau das passiert. Hat die Union zu viel Platz gelassen auf der rechten Seite?

Die Antwort ist: Ja. Aber wir sind nicht die Einzigen auf der Welt, die diese Erfahrung machen. 2015 wurden Entscheidungen getroffen, die dazu beigetragen haben, dass die AfD 2017 in den Bundestag kam. In den Jahren nach 2021 wurden Entscheidungen getroffen, die ganz wesentlich zur Verdoppelung dieser Partei innerhalb einer Wahlperiode beigetragen haben. Die AfD nährt sich von einem Meinungsklima, das zahlreiche westliche Demokratien erfasst hat und das einen solchen Trend befördert. Insofern kommen mehrere Entwicklungen zusammen, die sich gegenseitig verstärken. Wir sollten uns jetzt auf das zurückbesinnen, was uns als Volkspartei stark gemacht hat. Wir sind eine Volkspartei, wir stehen in der Mitte der Gesellschaft mit einem bürgerlichen und konservativen Profil. Wir sind eine liberale und eine überkonfessionelle, weltoffene Partei. Übrigens waren wir das schon zu einem Zeitpunkt, als interkonfessionelle Ehen gesellschaftspolitisch noch nicht gewollt waren. Meine Großmutter ist mit meiner Mutter noch bis nach Lourdes gefahren, um sie – allerdings erfolglos! – davon abzubringen, einen evangelischen Mann zu heiraten. Die CDU hat damals eine große Integrationsleistung vollbracht. Die Frage ist: Schaffen wir diese gesellschaftliche Integrationsleistung heute wieder?



Aktivurlaub in der Region Bern

Ferienregion Interlaken – Outdoor-Erlebnisse im Herzen der Schweiz

Zwei Seen, das berühmte Dreigestirn der Alpen und unzählige Aktivitäten: Die Ferienregion Interlaken bietet ganzjährig aktive Erlebnisse in der Natur – vom Wandern und Skifahren bis zum Kajakfahren und Gleitschirmfliegen

Diese christliche Partei hat dafür gestimmt, dass Homosexuelle heiraten und adoptieren dürfen. Sie ist gesellschaftspolitisch einen Weg gegangen, den viele als progressiv im linken Sinne bezeichnen würden. Und auch das ist ja ein Grund dafür, dass heute ein Viertel der Bürger sagt: Wir wollen es lieber wieder haben wie früher.

Wie früher – das gibt es nicht wieder. Die CDU und ich als ihr Vorsitzender müssen der Bevölkerung erklären, dass die Vergangenheit nicht die Zukunft wird.

Aber es gibt ja doch liberale Überspannungen wie das Selbstbestimmungsgesetz, das jedem erlaubt, jährlich sein Geschlecht zu verändern. Das Gesetz haben Sie nicht gemacht, aber das könnten Sie jetzt zurücknehmen, wenn Sie den Raum rechts von der Union wieder besetzen wollten.

Diesen Punkt finden Sie ja auch in unserem Wahlprogramm. Wir haben uns dort zu Cannabis, zur Integration, zum Selbstbestimmungsrecht geäußert. In der Koalition haben wir allerdings nur begrenzte Möglichkeiten. Wir setzen einige sehr zentrale Wahlkampfversprechen um. In der Migrationspolitik haben wir innerhalb kürzester Zeit eine Wende eingeleitet. Bei anderen Themen wird es schwieriger, weil die SPD aus einer anderen politischen Tradition kommt. Wir müssen versuchen, mit der SPD zusammen die Dinge so zu lösen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung dieser Regierung zustimmt.





Blick auf die Galerie der ehemaligen Bundeskanzler neben dem Büro des Kanzlers im Bundeskanzleramt Daniel Pilar

Und parallel dazu wächst die AfD, die mit Ihnen gleichgezogen hat und demnächst in Sachsen-Anhalt regieren könnte – oder aber die CDU zwingt, mit einer Allparteienkoalition ebendies zu verhindern. Am Sonntag will Ihr Parteipräsidium beraten, ob die Brandmauer-Strategie in dieser Form noch zu halten ist. Ist sie das?

ANZEIGE



Computerspiele auf Rezept

Games for Health als Teil einer digitalen Gesundheitsversorgung. Experten diskutieren, ob sich Computerspiele für Prävention und Therapie durchsetzen können. Mehr lesen...

Wir werden noch viel deutlicher die Unterschiede zwischen uns und der AfD herausstellen. In der öffentlichen Wahrnehmung setzt sich diese falsche Erzählung fest: Die könnten doch mit der AfD alles durchsetzen, wenn sie nur diese Brandmauer einreißen würden. Diese Erzählung ist falsch. Die AfD stellt nicht nur die Politik von Angela Merkel infrage. Die AfD stellt die Bundesrepublik Deutschland infrage, wie sie seit Adenauer geprägt worden ist und wie sie die CDU mitgeprägt hat. Die immer wieder von der AfD bemühte „ausgestreckte Hand“ will uns in Wahrheit vernichten, so sagt sie es ja selbst. Und deshalb ist die AfD in den nächsten Wahlauseinandersetzungen unser Hauptgegner. Wir unterscheiden uns in allen wesentlichen politischen Grundüberzeugungen von der AfD. Und darum wird der Meinungskampf mit der AfD und werden die zukünftigen Wahlkämpfe in Deutschland vermutlich allein um die Frage gehen: die oder wir.

Wie blicken Sie heute auf den Januar zurück, als Sie erstmals im Bundestag mit den Stimmen der AfD einen Antrag durchgebracht haben?

Diese Frage stellt sich heute nicht mehr, weil wir in Regierungsverantwortung sind und stabile Mehrheiten mit der SPD im Bundestag haben. Im Rückblick auf das Frühjahr: Wenn wir etwas für richtig halten, dürfen wir uns nicht von der AfD abhängig machen. Wenn wir unsere eigene Politik nicht mehr zur Abstimmung im Bundestag stellen, nur weil die AfD aus rein taktischen Gründen möglicherweise zustimmt, dann bestimmt die AfD allein über unseren Kurs. Genau in diese Abhängigkeit darf die CDU nie geraten.

Sie sagten eingangs, es sei heute schwieriger zu regieren als vor 80 Jahren. Haben wir das politische Personal dafür? Sie baten neulich um Schutz für Ihren Koalitionspartner Klingbeil, weil der „sensibel“ sei. Über sich selbst haben Sie gesagt, ebenfalls sensibel zu sein. Wie sensibel darf man sein, um in harten Zeiten harte Entscheidungen zu treffen?

ANZEIGE



Computerspiele auf Rezept

Games for Health als Teil einer digitalen Gesundheitsversorgung. Experten diskutieren, ob sich Computerspiele für Prävention und Therapie durchsetzen können. Mehr lesen...

Bis jetzt geht mir der Ruf nach, dass ich ein harter Hund sei, und wenn man in bestimmten Lebenssituationen auch mal Gefühle zeigt, dann ist das sowohl einem Vizekanzler als auch einem Kanzler erlaubt. Dass ich harte Entscheidungen treffen kann, sachlich und personell, das brauche ich niemandem mehr zu beweisen.

MEHR ZUM THEMA

 F.A.Z.-ELITE-PANEL

Eliten sehen in Merz einen starken Kanzler

 NEUER KAMPFBEGRIFF

Der fremdenfeindliche Unterton in Merz' Kritik am „Stadtbild“

 ADENAUER-HAUS WIRD DENKFABRIK

Die CDU soll die modernste Partei Deutschlands, ach was, Europas werden

Würden Sie insgesamt sagen, dass unser politisches Personal aus einem ähnlichen Hartholz geschnitzt ist wie die CDU-Gründergeneration?

Jede Zeit hat ihre Persönlichkeiten, und diese Persönlichkeiten sind geprägt nicht nur durch ihre Zeit, sondern auch durch ihr Leben davor. Diejenigen, die in der Aufbauzeit der Bundesrepublik Deutschland den Staat geprägt haben – fast ausschließlich Männer, wenige Frauen – waren Menschen mit Kriegserfahrung. Teilweise haben sie aus Krieg und Gefangenschaft schwere Traumata mitgebracht in ihre politischen Ämter. Heute sind ausnahmslos Kinder der Nachkriegszeit in politischen Ämtern, Kinder des Wohlstands, Kinder der Freiheit, Kinder des Friedens und Kinder stets steigender sozialer Wohltaten.

Sie auch

Ich auch, ja. Aber ich versuche, mir den Blick dafür zu bewahren, dass all dies nicht selbstverständlich ist. Das motiviert mich jeden Tag, die Verantwortung für unser Land zu tragen und sie auch sehr ernst zu nehmen.

Quelle: F.A.S. [Artikelrechte erwerben](#)



Jochen Buchsteiner

Politischer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung in Berlin.

[+ Folgen](#)



Eckart Lohse

Leiter der Parlamentsredaktion in Berlin.

[+ Folgen](#)



[Zur Startseite](#)

[Diskutieren Sie mit \(224\)](#)

Schlagworte: Europa Bundeskanzler CDU AfD USA Donald Trump Deutschland Friedrich Merz Konrad Adenauer Europäische Union Nato Bundestag Angela Merkel Integration Bundesregierung SPD Frankreich Selbstbestimmungsgesetz Migrationspolitik Einwanderung Alle Themen

ANZEIGE



FLOSSBACH VON STORCH ONE

[Weiterlesen](#)

Vermögen aufbauen: Welche Aktien eignen sich?

ANZEIGE



FLOSSBACH VON STORCH ONE

[Weiterlesen](#)

Qualität statt Risiko: Die Basis für robuste Anlagestrategien

ANZEIGE



FINANZKOMPASS

Kassenpatienten verlieren Standard – wie viele Leistungen 2025 tatsächlich gestrichen werden

ANZEIGE



BESINS

[Hier klicken](#)

Testosteronmangel: oft nicht erkannt. Jetzt Selbsttest

ANZEIGE



CANADAISMS

Deutsche Staatsbürger können die kanadische

WEITERE THEMEN



BRIEF AUS ISTANBUL

Erdoğan und sein Schweizer Taschenmesser

Der türkische Präsident hat die Justiz darauf abgerichtet, jeden ins Gefängnis zu werfen, der ihm nicht passt: Politiker, Künstler, Unternehmen, normale Bürger. Alle sind dran.



EINTRACHT FRANKFURT

Wie Toppmöller sein Team zurück zur Lockerheit führen will

Dino Toppmöller ist nicht nur Fußballtrainer, sondern auch ausgebildeter Mentalcoach. Reicht sein psychologisches Feingefühl, um mit der Eintracht in der Bundesliga die Wende einzuleiten?



PERU

Gewalt bei Demonstrationen gegen neue Regierung

Bei landesweiten Protesten gegen Präsident Jose Jeri ist in Peru ein Mensch getötet und Dutzende verletzt worden. In Lima kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei.

